

WEN KÜMMERT'S?



Der Wahlkampf 2025 hat begonnen und in Kürze wird eine neue Regierung die politischen Koordinaten des Landes bestimmen. Wir werden zahlreiche Formate im Fernsehen und Radio sehen, in denen Politikerinnen und Politiker zu bestimmten Themen Stellung nehmen. Auch bei Ihnen vor Ort werden Wahlkampf- und Informationsveranstaltungen stattfinden. Vielleicht initiieren auch Kinderschutzbünde Informationsveranstaltungen, in denen sie ihre Abgeordneten Stellung nehmen lassen. Mit diesem Papier wollen wir Ihnen einen Überblick über die Wahlprogramme geben. Bitte beachten Sie, dass die Programme zum Teil noch nicht durch die Parteien beschlossen sind.

Ein zentrales Ergebnis unserer Auseinandersetzung mit den Wahlprogrammen ist: Die Rechte, Interessen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen stehen nicht im Zentrum der geplanten Politik. Zwar tauchen Themen zu Familien, Betreuung, Bildung, zu Kindeswohl und Schutz in allen Wahlprogrammen an verschiedenen Stellen auf – wobei das Programm der BSW hier sehr mager ist – aber wir möchten Sie ermuntern und ermutigen, bei Ihren Bundestagskandidatinnen und Kandidaten genau nachzufragen. Dazu haben wir hier eine kleine Zusammenstellung versucht, die Sie bei ihren Diskussionen vor Ort unterstützen soll.

KINDERRECHTE/KINDESWOHL/KINDERSCHUTZ

Kinderrechte sind für den Kinderschutzbund die Grundlage seiner praktischen und lobbypolitischen Arbeit. In den letzten Jahren fand diese Haltung zunehmend Akzeptanz in der Gesellschaft. Dennoch spiegeln sich Kinderrechte in den aktuellen Parteiprogrammen kaum wider. Zwar fordern SPD und Grüne, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, während die AfD dies ablehnt und die CDU sie nicht thematisiert. Insgesamt dienen Kinderrechte aber keiner Partei als Basis für politische Maßnahmen. Stattdessen rückt das Elternrecht in den Fokus, und die Betrachtung des Kindes als eigenständiges Subjekt wird zugunsten familiärer Strukturen zurückgedrängt. Besonders die AfD nutzt den Begriff „Kindeswohl“ als Argument, jedoch nicht immer in einer Weise, die der Definition des Kinderschutzbundes entspricht.

Der Kinderschutz wird zwar von allen Parteien thematisiert, jedoch mit unterschiedlicher Gewichtung. Ein größeres Thema sind digitale Gefahren und Kinderschutz im Netz. Das ist auch ein Kinderschutzbundthema. Aber die Kinder- und Jugendhilfe als Schutzstruktur findet kaum Erwähnung. Positiv ist, dass Schutzkonzepte in Kita und Schule an Bedeutung gewinnen. Insgesamt haben wir den Eindruck, dass sich eine Entwicklung hin zu einem restriktiveren Schutzbegriff, zu Gefahrenabwehr und Strafe betont. In den letzten Jahren haben wir den Schutz von Kindern und Jugendlichen mit starken Rechten verbunden. Das tritt in den Hintergrund und auch Prävention wird randständig thematisiert. Diese Trends könnten das Verständnis von Kinderschutz langfristig beeinflussen.

KINDERARMUT

SPD und Grüne befassen sich in ihren Programmen mit Kinderarmut und formulieren Vorschläge zur Bekämpfung. Doch von einer Kindergrundsicherung, für die sich der Kinderschutzbund einsetzt, ist das weit entfernt. Die anderen Parteien gehen nicht auf Armut von Kindern und Jugendlichen ein. Stattdessen rückt die Armut der gesamten Familie in den Fokus, während die individuellen Bedürfnisse von Kindern, die etwa bei der Diskussion um die Kindergrundsicherung hervorgehoben wurden, in den Hintergrund treten. Vorschläge zu Familienleistungen konzentrieren sich meist auf Geringverdiener. Die CDU betont, dass Alleinerziehende besonders oft von Armut betroffen sind.

WEN KÜMMERT'S?



BILDUNG

Bildung ist wichtig, auch für den Kinderschutzbund und sie nimmt in allen Programmen großen Raum ein. Dabei ist Bildung primär Ländersache. Hier hat der Bund wenig zu melden. Man kann fragen, ob hier Vorschläge unterbreitet werden, die im Bund gar nicht beschlossen werden können. Alle Parteien sehen Handlungsbedarf bei Kitas und Schulen. Die Stärkung von Kitas ist weitgehend unstrittig, während es bei der schulischen Bildung klare Unterschiede gibt: Die CDU betont Leistung und Pflicht, die SPD setzt auf gute Infrastruktur, die Grünen fokussieren auf Chancengerechtigkeit und Unterstützungssysteme, die FDP fordert Sprachtests, während die AfD ideologische Inhalte kritisiert und eine Aufweichung der Schulpflicht fordert. Diese Positionen geben einen Einblick in die Sichtweisen der Parteien auf Kinder und Jugendliche.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Alle Parteien sprechen von Generationengerechtigkeit, reduzieren die Debatte jedoch auf Schulden und Investitionen. Während einige weniger Schulden als generationengerechter ansehen, sehen andere Investitionen in Bildung und Infrastruktur als prioritär. Themen wie Chancengerechtigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt oder Mitbestimmung spielen kaum eine Rolle. Beteiligung junger Menschen, ein Trend der letzten Jahre, wird kaum noch aufgegriffen. Grüne und SPD thematisieren übliche Vorschläge wie das Wahlalter oder Jugendparlamente, während CDU und AfD diese Ansätze ignorieren oder ablehnen.

INFRASTRUKTUR – WEN KÜMMERT'S?

Die Kampagne „Wen kümmert's?“ des Kinderschutzbundes weist auf die Krise in den Systemen hin, die Kinder und Jugendliche begleiten. Während schulische Infrastruktur und Digitalisierung in den Programmen Erwähnung finden, werden Kinder- und Jugendhilfe sowie Jugendarbeit kaum adressiert. Trotz vereinzelter Forderungen nach Investitionen bleibt fraglich, ob dies eine echte Trendwende darstellt.

Insgesamt zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche nicht im Mittelpunkt des Wahlkampfs stehen. Die Sicht auf Kinder verschiebt sich von Subjekten mit eigenen Rechten hin zu schützenswerten und erziehbaren Objekten. Eigenverantwortung und Leistung werden betont, während Freiraum und Beteiligung zurückgedrängt werden. Der Kinderschutzbund muss sich mit diesen Entwicklungen und ihren politischen Folgen auseinandersetzen.

Ausgehend von diesem Überblick, könnten lohnende Fragen an Abgeordnete bei Veranstaltungen oder an Infoständen diese sein:

- Mindestens zwei Millionen Kinder in Deutschland sind arm. Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um diesen Zustand zu ändern?
- Angesichts einer alternden Gesellschaft: Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden?
- Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und wie begründen Sie diese Position?
- Die Zustände in der Kinder- und Jugendhilfe sind mittlerweile kein Geheimnis mehr. Wo sehen Sie für die Bundesregierung Möglichkeiten, daran etwas zu ändern?
- Wie steht Ihre Partei zur Generationengerechtigkeit? Was bedeutet das für Sie?